

Schulsozialarbeit, Bildung, BAföG, Studium



Die Grünen setzen auf eine Stärkung der Schulsozialarbeit und möchten mehr Stellen für Schulsozialarbeiter*innen und in den Bereichen Schulpsychologie und Inklusion schaffen. Zudem soll das BAföG existenzsichernd reformiert und an steigende Lebenshaltungskosten angepasst werden. Ein Zukunftsinvestitionsprogramm Bildung soll bundesweit für mehr Chancen- und Generationengerechtigkeit sorgen.



Die explizite Nennung von Sozialer Arbeit in diesem Bereich zeigt eine umfassende Auseinandersetzung mit den aktuellen Problematiken. Die Ansätze sind begrüßenswert, es fehlen allerdings Vorschläge zur Finanzierung der gewünschten neuen Stellen, welche zwingend vorher geklärt werden muss, damit Länder und Kommunen dies umsetzen können.



Das BSW fordert eine verstärkte Förderung von Ganztagschulen und eine Senkung der Kita-Beiträge, um Bildung besser zugänglich zu machen. Zudem soll das Studium gebührenfrei sein, und die BAföG-Leistungen sollen ausgeweitet werden. Im Schulsystem strebt das BSW eine höhere Durchlässigkeit zwischen den Schulformen auch in höheren Klassen sowie eine Anhebung des Lernniveaus an Real- und Hauptschulen an.



Der DBSH begrüßt Maßnahmen zur besseren Zugänglichkeit von Bildung, insbesondere die Förderung von Ganztagschulen, gebührenfreies Studium und eine Erweiterung der BAföG-Leistungen. Die stärkere Durchlässigkeit des Schulsystems ist ein positiver Ansatz, um Bildungsgerechtigkeit zu verbessern. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass eine Erhöhung des Lernniveaus an Real- und Hauptschulen mit einer ausreichenden personellen und strukturellen Unterstützung einhergeht, um keine neuen sozialen Ungleichheiten zu schaffen.



Die CDU will eine gute Bildung von Anfang an sicherstellen und Schulen als Lernorte weiter stärken. Dabei liegt ein Fokus auf der Anpassung des Aufstiegs-BAföG an den technologischen Wandel, insbesondere zur Fachkräftesicherung im Handwerk. Die Partei setzt sich für eine gerechte Finanzierung von Bildung ein und plant, das BAföG und den KfW-Studienkredit besser aufeinander abzustimmen. Zudem soll das BAföG „auskömmlich“ sein, digital einfacher beantragt werden können und schneller bearbeitet werden. Der Gesetzesvollzug für das Auslands-BAföG soll zentralisiert und beschleunigt werden. Darüber hinaus sollen BAföG-Empfänger*innen höhere Verdienstmöglichkeiten erhalten. Schulsozialarbeit wird nicht erwähnt.



Der DBSH kritisiert, dass die CDU keine Position zur Schulsozialarbeit bezieht, obwohl diese essenziell für die soziale Unterstützung von Schüler*innen ist. Die geplanten Änderungen am BAföG bringen gewisse organisatorische Erleichterungen, beinhalten jedoch keine substantielle Erhöhung der Leistungen. Damit bleibt fraglich, ob das BAföG tatsächlich auskömmlich ist und die soziale Durchlässigkeit im Bildungssystem ausreichend gefördert wird. Der DBSH fordert eine bedarfsgerechte Anpassung der BAföG-Sätze, um Bildungsgerechtigkeit unabhängig von der sozialen Herkunft sicherzustellen.



Die Linke fordert eine gebührenfreie Bildung und den Ausbau von Ganztagschulen ein. Zudem plant sie eine Reform des BAföG mit der Einführung eines elternunabhängigen Bildungsfonds, um allen Studierenden unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern ein Studium zu ermöglichen.



Die gebührenfreie Bildung und der Ausbau von Ganztagschulen unterstützen die Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen am Bildungssystem. Die Reform des BAföG hin zu einem elternunabhängigen Bildungsfonds ermöglicht es Studierenden, unabhängig von der finanziellen Lage ihrer Eltern ein Studium aufzunehmen, was der sozialen Gerechtigkeit dient. Schulsozialarbeit findet keine explizite Erwähnung, obwohl diese einen immensen Beitrag zur chancengerechten Bildung leistet.



Die FDP will bundesweit einheitliche Bildungsstandards und ein „Deutschland-Abitur“ einführen. Außerschulische Lernorte und die Digitalisierung des Bildungswesens sollen gefördert werden. Das BAföG soll zu einem elternunabhängigen Baukasten-System umgebaut und das Bildungskreditprogramm ausgebaut werden



Die geplanten Reformen im Bereich der Studienfinanzierung könnten Studierenden aus einkommensschwachen Familien den Zugang zu höherer Bildung erleichtern, was im Sinne der Chancengleichheit zu begrüßen ist. Schulsozialarbeit findet auch hier keine Erwähnung.



Die SPD plant eine Reform des BAföG mit einer regelmäßigen Anpassung an die Lebenshaltungskosten und einer Ausweitung des Bezugs. Das duale Studium soll gestärkt werden. Das Programm Junges Wohnen für bezahlbaren Wohnraum für Studierende soll fortgeführt werden.



Die geplanten Reformen sind positiv zu bewerten. Ob sich die Verbesserungen auch konkret auf die Lehre in der Sozialen Arbeit auswirken, bleibt offen ebenso wie die Finanzierung der dadurch entstehenden Mehrausgaben des Staates.